

Die „Olga“ ist 1869 in Wunia bei Tiefen vom Stapel gelaufen. Sie hat einen Rauminhalt von 2000 Tonnen, eine Panzerstärke von 150 Millimetern und eine Maschine von 350 Pferderästen, welche es ihr ermöglicht, 10 Knoten zu liegen zu legen. Die „Olga“ führt 2 neunjöllige und 10 siebenjöllige Armstrong-Geschütze. Der „Georgios“ wurde 1867 in England erbaut. Derselbe hat einen Panzer von 178 Millimetern Stärke und darunter eine Teakholzlage von 254 Millimetern. Er hat 2400 Pferderäste und läuft mit 13 Knoten Geschwindigkeit. Seine 2 neunjölligen Geschütze stehen in einer sechseckigen Panzer-Tasematte. Die Corvette „Maulis“ lief 1879 vom Stapel; sie ist ganz in Eisen gebaut und führt 3 Siebzehn-Centimeter, 1 Fünfzehn-Centimeter- und 4 Acht-Centimeter-Geschütze an Bord und 2 Mitrailleusen auf der Kommandobrücke. Nach einem im Jahre 1879 festgestellten Plane sollte die Flotte um 2 Panzerschiffe und 12 Torpedoboote vermehrt werden. Nach neuern Berichten sollten jedoch anstatt der 2 Panzerschiffe 4 Kreuzer gebaut werden.

Sürtet.

**Konstantinopel**, 26. Jan. Man glaubt hier, daß das englische Geschwader, welches morgen vor Kreta antreffen muß, Befehl hat, die griechischen Kriegsschiffe, welche es etwa in den landtötischen Gewässern antreffen sollte, zu vertreiben. Die Lage hat sich inzwischen durch Salisburys parlamentarische Niederlage verändert. Ein Ministerium, das in den letzten Augen liegt, kann nicht mehr mit der rücksichtslosen Schneidigkeit vorgehen, welche Europa an Salisburys letzten Schritten bewunderte.

### **Ansicht Gedächtnis.**

Am 26. Januar hat die 2. Kammer bei Verathung von „Beiträgen für Anstalten, welche allgemeinen Landes- zwecken dienen, und Unterstützungen im öffentlichen Interesse“ ein seltenes Beispiel von Eiamüthigkeit gegeben. Die Kammer bewilligte fast debattelos sämtliche Forderungen der Regierung einstimmig, mit ihnen auch die petirte Beihilfe von 8000 Mark für die Arbeiterkolonie Schneidengrün. Nur der Abgeordnete Bebel konnte es sich nicht versagen, ohne alle Veronlassung oder Provokation, sowie ohne daß im vorliegenden Deputationsbericht diese Bezeichnung gebraucht wäre, gegen den Namen „Vagabund“ eine Philippala loszulassen. Es wurde ihm dann auch von verschiedenen Rednern das Ungereimte und Ueberflüssige seiner Wortverschwendung zu Gemüthe geführt. Als dann im weiteren Verlaufe der Verhandlungen Wünsche für Besserung oder Abschaffung des für Sachsen so unheilvollen Unterstützungswohnsitz-Gesetzes geäußert wurden, erklärte Minister v. Rositz-Wallwitz seine Sympathie mit den vorgetragenen Klagen und versprach, „daß die Regierung keine Gelegenheit vorübergehen lassen werde, um diese Wünsche des Landes zur Geltung zu bringen.“ Es ist in der That sehr bemerkenswerth, mit welcher systematischen Geslossenheit und Geriebenheit die östlichen preußischen Provinzen das Unterstützungswohnsitz-Gesetz ausgebaut und unserem wohlhabenden Sachsen ihre umzähligten arbeitslosen und arbeits scheuen Subjekte auf den Hals geladen haben. Darüber ist denn auch aller Orten kaum ein Zweifel, daß wir jenem unseligen Gesetze hauptsächlich die Landstrassen-Vagabondage zu danken haben. Die Dresdener Nachrichten schlagen gar nicht übel vor, daß man zur Kolonisirung der polnischen Provinzen die Menge vagabondirender preußischer Unterthanen verwenden möchte.

— Bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahl im 19. sächs. Wahlkreise haben sich die Verhältnisse insofern vereinfacht, als sich Herr Landtagsabg. Uhlmann-Stollberg entschlossen hat, die Annahme einer Kandidatur abzulehnen.

— Die den weitgehendsten Ansprüchen vollauf genügende Beleuchtung der Eisenbahn-Coupees in den Personenzügen mit Gas im Vereine der sächs. Staatseisenbahnen ist nunmehr auf den Hauptlinien als durchgeführt zu betrachten. Von den vorhandenen ca. 2000 Personenzügen unserer Staatseisenbahnen sind bis jetzt 1050 Stück mit Gasbeleuchtungseinrichtung versehen und wird in den nächsten Jahren eine weitere Zahl Wagen damit versehen werden.

— Das Reichsgericht hat kürzlich hinsichtlich des Duells die wichtige Entscheidung gefällt, daß außer den Duellanten auch die Theilnehmer des sog. Ehrengerichts strafrechtlich zur Verantwortung herangezogen werden können. Das Landgericht zu Schwerin hatte vor einiger Zeit drei Theilnehmer eines solchen Ehrengerichts wegen Beihilfe zum Zweikampf zu je 4 Wochen Festung verurtheilt, weil dieselben einem Duellanten die Vorwurf gemacht hatten, daß er sich innerhalb 6 Wochen auf Säbel „einzupausen“ habe. Die Seitens der Verurtheilten beim Reichsgericht eingelagte Berufung ist unter Anerkennung der oben citirten Entscheidung verworfen worden. — Man kann ja gar nicht verkennen, daß Duelle ihren eigentlichen Zweck, für eine geschehene Beleidigung Genugthuung zu schaffen, in sehr vielen Fällen nicht erreichen. Vor allen Dingen ist das gar nicht der Fall, wenn dem Zweikampfe nicht eine Abbitte, eine Versöhnung folgt; höchstens hat derjenige Forderende, welchem der Vorwurf der Freigheit gemacht, auch ohne Zurücknahme derselben den Beweis des Gegentheils erbracht, indem er sich freiwillig der feindlichen Waffe gegenüberstellt. Trotzdem wüßten wir nicht, wie man das Duell als ultima ratio der gekränkten Ehre aus der Welt schaffen wollte, wenn man sich nicht eine unmögliche paradiesische Welt einbilden will. Man muß nur die Auswüchse beschränken; man müßte den leichtfertigen Zweikampf, zumal denjenigen mit lebensgefährlichen Waffen auf das Schärfste bestrafen. Den Studenten lasse man ihre Duelle auf Schläger, mache ihnen aber solche auf Säbel und Pistolen unmöglich. Selten wird durch ein Schlägerduell ein großes Unglück hervorgerufen; die Jünglinge zerfegen sich die Epidermis des Gesichts ein wenig, was sie freilich nicht schöner macht, ihnen aber bei den Damen noch nicht geschadet hat. Die Haupttheile bleibt: die jungen Herren setzen sich immerhin freiwillig einer gewissen Gefahr aus; sie stählen ihre Nerven und werden künftig größere Schmerzen (z. B. das Bahnausgleichen) resignirter ertragen; sie üben sich in gewissen Formen der Convenienz, was ihnen im späteren Leben viel gute Früchte trügt.

Dresden. Eine kleine Wölkerwanderung fand am Sonntag nach der "Centralhalle" statt, woselbst der sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete v. Böllmar über den jüngst vom Landtage abgelehnten Antrag Bebel und Genossen um Aufhebung des Schulgeldes für die sächsischen Volksschulen sprach. Mehr als 2000 Personen ausrichteten den von Sartorius durchsetzten Ausführungen des Redners. v. Böllmar konnte die Ansicht der Pädagogen, welche im Landtage gegen den Antrag gesprochen, ebenso wenig begreifen, als die ablehnende Haltung des Kultusministers v. Gerber, der bekanntlich unter dem Hinweis auf die großen Opfer des sächsischen Staates für das Volksschulwesen erklärt hatte, mehr als geschehen, könne die Regierung nicht thun. Redner suchte die sämtlichen Gegner als Kirchenpolitiker hinzustellen, verkannte aber dabei nicht, daß

as deutsche Reich, insbesondere Sachsen, schon viel für das Schulwesen gethan habe. Nach Beendigung seines einstündigen Vortrages eiserten eine Reihe Sprecher im Sinne v. Böllmar's weiter und zogen scharf gegen die Verwaltung der Schule zu Ratz und Thot los, indem sie derselben Verlässlichkeit bei Aufnahme von Schülern zu Ungunsten der Arbeiter vorwarfen. Schließlich wurde für ein Misstrauensvotum an die Majorität des Landtages Propaganda gemacht und die Abstimmung derselben fast einstimmig beschlossen. — Die Abstimmenden sind sich gewiß nicht klar geworden, welch einen lächerlichen und höchst unbeholfenen Abschluß sie an-

илен лајфтичеп што ће бити употребљеноје. Једнога је до-  
вршета, и дају јасне јесене. Јасне јесене.

alt ist. Die höchsthöchste Rente von 197 M. 40 Pf. entfällt auf Mittelieber, die 1852 im Alter von 50—55 Jahren bestritten, mittin jetzt 84—89 Jahre alt sind. Die geringste Rente für eine Volleinlage beträgt 12 M. 70 Pf., d. i. 4,28 Proz. Es ist von hohem Interesse, die betreffende Liste eingehend zu prüfen und zu vergleichen mit den Sätzen der f. sächsischen Altersrentenbank, sowie der Kaiser Wilhelmsspende, welch' letztere gleichbleibende Renten fortzahlen. Demjenigen, der die Gewissheit hat, ein recht hohes Alter zu erreichen, eröffnet jedenfalls die sächsische Rentenversicherungsgesellschaft die günstigsten Aussichten.

— In einer am 27. Januar abgehaltenen Berathung über den Gesetzentwurf der preußischen Regierung, daß Branntwein-Monopol betr., hat sich das Präsidium und die erste Commission der Handels- und Gewerbe-Kammer zu Dresden nach vordrängiger Vernehmung von Sachverständigen aus den Kreisen der Landwirthschaft und Industrie gegen den genannten Entwurf ausgesprochen, eine höhere Besteuerung des Branntweins aber vom moralischen, gesundheitlichen und finanziellen Standpunkte als empfehlenswerth, sowie vor der geleggeberischen Entscheidung dieser Frage eine umfassende Befragung von Sachverständigen und Interessenten im ganzen Reiche für unerlässlich erachtet und in diesem Sinne an das Rgl. Ministerium des Innern Bericht erstattet.

— Die Sparkassen des Königreichs Sachsen ergaben vom Januar bis November 1885: 94,254,403,94 Mf. Einzahlungen und 81,121,883,07 Mf. Rückzahlungen, d. i. gegen den gleichen Zeitraum des Jahres 1884: 5,146,959,53 Mf. Einzahlungen mehr, und 5,428,058,34 Mf. Rückzahlungen mehr. Die Zahl der Einzahlungen hat sich gegen das Vorjahr um 47,217 Mf., die Zahl der Rückzahlungen um 33,136 Mf. vermehrt.

## — Das Budget des Haushaltplanes der Stadt Leipzig.

zg ist für 1886 fertiggestellt. Es ergiebt sich aus der Zusammenstellung der einzelnen Konti ein Gesamtaufwand von über 10 Mill. Mk., dem eine Einnahme von nur 6 Mill. gegenübersteht. Es sind daher in diesem Jahre von den 170,000 Einwohnern Leipzigs 4 Mill. Mk. mehr aufzubringen. Diese Summe könnte nur durch eine Erhöhung der Einkommensteuer oder durch Erhebung von indirekten Abgaben erzielt werden. Recht unangenehm berührt der Ausfall von 320,000 Mk., welche die Mansfelder Bergwerke der Stadt bisher einbrachten. Dagegen bringen nach wie vor die Gasanstalten einen Nettoüberschuss von 1 Mill. Mk., der Bins der Leipzig gehörenden Häuser 700,000 Mk., dagegen die 7 Rittergüter nur 90,000 Mk. ein. Unter den Ausgaben ist der stärkste Posten der mit 1,800,000 Mk. eingestellte Zuschuß zu den Schulen, der zweitstärkste der Zinsen- und Amortisationsbedarf für die städt. Anleihen, welcher sich auf nahezu 1 Mill. Mk. beläuft. Die Polizeiverwaltung erfordert  $\frac{1}{2}$  Mill. Mk., worin die Wohlfahrtspolizei nicht inbegriffen ist, welche ungefähr dasselbe bedarf. Die Instandhaltung und Erneuerung der Straßen und Wege verursacht die Ausgabe von 450,000 Mk., das Feuerlöschwesen 170,000 Mk., die Armenverjörgung mit den milden Kasernen 850,000 Mk.

— In Leipzig ist die erste der freien Hilfskassen-  
kassen zahlungsunfähig geworden, weshalb die Kasse von der  
Kreishauptmannschaft als der Aufsichtsbehörde geschlossen  
wurde.

— In der Hauptverhandlung der zweiten Strafsämtner des königl. Landgerichts zu Leipzig wurde der Professor Dr. Karl Stinbaum dasselbst wegen Betrugs zu 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt. Die königl. Staatsanwaltschaft beantragte mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe und wegen Fluchtverdacht des Angeklagten; der Gerichtshof trat diesem Antrage bei.

— Aus Bad Elster schreibt man: „Daz es nun mehr mit dem Bau eines neuen Kurhauses Ernst werden soll, hat natürlich große Freude hervorgerufen, hofft man doch dadurch wieder einem sich immer mehr steigerenden Verkehr entgegensehen zu können, obgleich das Fehlen eines Kurhauses den in den letzten Jahren bemerklichen Rückgang im Besuch unseres Bades wohl kaum allein verschuldet haben dürfte. Wenn auch der jetzt bestimmte Bauplatz seine besonderen Vortheile haben mag, so wünscht man doch allgemein, daß ein mit so reichlichen Mitteln bedachter Bau auf einen nach allen Seiten hin freiliegenden Platz, wie solche der hohen Staatsregierung noch gehören, zu stehen läme, sowie daß darauf ein Prachtbau zur Bieude des ganzen Ortes errichtet würde, wodurch zugleich auch den uns besuchenden Badegästen die so äußerst schattigen und angenehmen Part-

— Lengenfeld. In einer seitens der Obermeister sämtlicher hier bestehenden Innungen fürzlich abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, eine Herberge für günstige Handwerksgesellen in biesiger Stadt zu gründen.

— **Bauzen.** Diejer Tage haben die Voritzenden der Gewerbevereine Bauzen, Elstra, Kamenz, Königbrück bezw. Großenhain bei Se. Exz. dem Staatsminister v. Königseitz in Dresden und bei der Eisenbahndepuration Radenitz gehabt, um für Schauung der Eisenbahnlinie Bauzen-Elstra-Kamenz-Königbrück-Großenhain Fürsprache zu erheben. Den Petenten ist die erfreuliche Mittheilung geworden, daß der Bau der Linie Bauzen-Elstra-Kamenz als gesichert zu betrachten sei, die Fortsetzung der Linie Königbrück und Großenhain jedoch noch nicht in Aussicht stehe.

### **Dertliche Angelegenheiten**

Reutkästel. Am Dienstag Abend wurde in der Grube Daniel der 24 Jahr alte Bergarbeiter Weiß aus Schorlau durch einen Sprengschuß so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

**Erste Sitzung des Kirchenvorstandes zu Böhni**  
am 22. Januar 1886.

Rennuntinahme der Entscheidung des hohen Landesconsistoriums über die vom hiesigen Stadtrath angeregte Frage der Heranleitung des Kirchenvermögens zu den kommunalen Abgaben und einer Entgeltung des Stadtraths und der darin enthaltenen Motivierung gemäß der Konfessorialentscheidung. Hierauf Beschluss, unter Beharrung bei den bisherigen Maßnahmen dieser Frage und unter Berufung auf